

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

## **Themen der Woche**

---

- 1. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz**
- 2. Verschärfung des Vereinsgesetzes**
- 3. Beratung über Flexi-Rente**
- 4. Treffen mit THW**

### **1. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz**

In der vergangenen Woche stimmte der Bundestag über den Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes ab. Förderzeiten und Umsetzungsfristen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sollen damit um jeweils zwei Jahre verlängert werden. Wir wollen Kommunen damit mehr Zeit geben, die Mittel komplett zu nutzen. Die Union kommt damit dem Wunsch der Kommunen nach, die bereits frühzeitig darauf hingewiesen hatten, dass die ursprünglich vorgesehene Umsetzungszeit zu kurz bemessen sei.

Wichtig ist aber auch, dass die Länder mitmachen! Die Länder definieren, welche Kommunen als finanzschwach gelten, und für welche Nutzungszwecke, die der Bund anbietet, das Geld tatsächlich eingesetzt werden darf. Diese Umsetzung durch die Länder und die konkrete Handhabung des Programms sieht in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus. So haben die drei unionsgeführten Länder Bayern, Saarland und Sachsen bereits bis zum 30. Juni 2016 alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel durch Projektzusagen in den Kommunen binden können. Andere, insbesondere rot-grün regierte Länder, wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, liegen deutlich zurück.

## 2. Verschärfung des Vereinsgesetzes

Vereinigungen wie kriminelle Rockergruppierungen können einen Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität, etwa Menschenhandel und Drogengeschäfte, bieten. Mit einer Änderung des Vereinsgesetzes wird das sogenannte Kennzeichenverbot in § 9 reformiert und die entsprechende Strafvorschrift in § 20 Vereinsgesetz angepasst. Das Kennzeichenverbot zielt auf die Kutten der Rockergruppen. Diese Kennzeichen sollen nicht mehr von sogenannten Schwestervereinen straflos genutzt werden können. Wir reagieren damit auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs und erleichtern auf diese Weise die Bekämpfung der Rocker-Kriminalität. Denn auch diese Form der Kriminalität ist eine wichtige Herausforderung, auf die wir angemessene Antworten zur Stärkung der inneren Sicherheit brauchen!

## 3. Beratung über Flexi-Rente

Gestern beriet der Bundestag in erster Lesung über einen von uns und der SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben. Unser Ziel ist ein modernes Rentensystem, die Flexi-Rente ist ein Teil davon! Sie wird der veränderten Arbeitswelt gerecht, denn die Menschen in unserem Land werden immer gesünder und älter. Viele wollen über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus

weiter am Berufsleben teilnehmen. Darauf müssen wir reagieren und gute Angebote schaffen!

Wir wollen daher Arbeitnehmern bereits ab dem Alter von 63 ermöglichen, eine Teilrente stufenlos zu wählen und so bei reduzierter Arbeitszeit weiter im Beruf zu stehen. Wir erweitern gleichzeitig die Grenze des Zuverdienstes, den bereits in die Rente übergetretene Personen erwirtschaften dürfen und regeln Fragen, die deren Weiterbeschäftigung betreffen. Zudem zielt das Gesetz durch neue Regelungen darauf, Weiterbeschäftigung durch Prävention und Reha-Maßnahmen zu erreichen.

## 4. Treffen mit THW

Am Dienstag fand ein Treffen von Abgeordneten mit dem THW im Bundestag statt! Das THW leistet eine hervorragende Arbeit in unserem Land. Ganz besonders habe mich über die Vertretung der THW Ortsverbände Ostfildern und Kirchheim gefreut!



Bild (1) v.l.n.r.: Dr. Andreas Baumann (THW Ortsverband Kirchheim unter Teck), Michael Hennrich MdB, Markus Grübel MdB, Stephan Krauß (THW Ortsverband Ostfildern).